

## **BERICHT**

### **der interparlamentarischen Kommission 'strafrechtlicher Freiheitsentzug' an die Parlamente der Kantone Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf, Jura und Tessin vom 10. Mai 2021**

Die interparlamentarische Kommission (IPK), die mit der Kontrolle des Vollzugs der lateinischen Konkordate über den strafrechtlichen Freiheitsentzug<sup>1</sup> beauftragt ist und sich aus Delegationen aus den Kantonen Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura zusammensetzt, stellt Ihnen ihren Bericht zu.<sup>2</sup>

#### ***Aufgabe und Arbeitsweise der interparlamentarischen Kommission***

Die Kommission hat die Aufgabe, die Oberaufsicht über die Behörden, die mit dem Vollzug der beiden Konkordate beauftragt sind, auszuüben. Damit die Kommission ihre Aufgaben erfüllen kann, stützt sie sich auf einen Bericht, der ihr von der Westschweizer Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz (LKJPD) unterbreitet wird. Diese Informationen werden durch mündliche Fragen, die während der Sitzung an die Vertreterin oder den Vertreter der Konferenz gerichtet werden, ergänzt.

#### ***Vorbemerkung***

Aufgrund der gesundheitlichen Situation hat die IPK im Frühling 2020 nicht getagt. Im vergangenen Jahr hielt sie nur eine Sitzung ab, am 23. November, nach der ein Bericht über den grössten Teil des Jahres veröffentlicht wurde. Daher beschränkt sich dieser neue Bericht darauf, die verschiedenen Informationen zu vervollständigen und sich auf die neuesten wesentlichsten Elemente zu konzentrieren.

#### ***Bericht der LKJPD vom 20. April 2021 / Bemerkungen der IPK***

Die Kommission bedankt sich bei der Konferenz für deren Bericht, den sie mit Interesse und zustimmend zur Kenntnis nimmt. Besondere Aufmerksamkeit hat die Kommission dabei folgenden Punkten geschenkt:

##### ***1. Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen und jungen Erwachsenen***

###### ***A) Pensionspreise***

*Auszüge aus dem Bericht der LKJPD:*

*«Der letzte Teil (über Curabilis) der weiteren Arbeiten zur feineren Abstufung der Pensionspreise, die mit Beschluss der Konferenz am 29. März 2018 vereinbart wurden, ist im Gange. Der Bericht der externen beauftragten Person soll im Juni 2021 geliefert werden.*

---

<sup>1</sup> Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen); Konkordat vom 24. März 2005 über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher aus den Westschweizer Kantonen (und teilweise aus dem Kanton Tessin).

<sup>2</sup> Die IPK hat sich dafür entschieden, ihren Bericht nicht mehr nach Kalenderjahr zu gliedern; auf diese Weise liegen die beschriebenen Ereignisse bei der Zustellung des Berichts an die Parlamente zeitlich weniger weit zurück. Dieser Bericht konzentriert sich somit auf Ereignisse, die in der Zeitspanne zwischen dem 23. November 2020 und dem 10. Mai 2021 eingetreten sind oder festgestellt wurden.

*Die Arbeit am Leistungskatalog zur Festsetzung von Versorgungsstandards für inhaftierte Personen, die von der Pandemie verlangsamt wurde, geht weiter.»*

→ Die IPK hält die in ihren früheren Berichten gemachten Beobachtungen und Empfehlungen aufrecht, namentlich die folgenden Punkte:

1. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit des künftigen Leistungskatalogs lädt die IPK die Konferenz ein, für jede Vollzugsart eine Liste zwingend vorgeschriebener Leistungen und einen nötigen Betreuungssatz festzuhalten und dann den Pensionspreis aufgrund dieser Elemente festzusetzen. Allfällige Zusatzleistungen oder eine allfällige Betreuung über die Normen hinaus würden dann zulasten des Kantons, der Eigentümer der Strafanstalt ist, gehen.

2. Ebenfalls aus Gründen der Wirtschaftlichkeit lädt die IPK die Konferenz ein, allfällige Unterschiede bei den verschiedenen Kostenfaktoren zwischen den Kantonen (Grundstückpreise, Baukosten, Lohnniveau usw.) nicht zu berücksichtigen. So ist es finanziell interessanter, Strafvollzugseinrichtungen dort zu bauen, wo die Betriebskosten tief sind, was die Rechnung für alle Partnerkantone etwas billiger werden lässt.

### **B) Konkordatsplanung**

*Auszug aus dem Bericht der LKJPD:*

*«Nach der Ablehnung des Projekts Les Dardelles durch den Grossen Rat des Kantons Genf wird eine Alternative geprüft.»*

→ Die Kommission erwartet vom Kanton Genf, dass er so schnell wie möglich eine alternative Lösung vorschlägt.

## **2. Lateinisches Konkordat über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher**

### **A) Mangel an Plätzen**

Der chronische Mangel an Plätzen für den geschlossenen Vollzug von strafrechtlichen Massnahmen, die gegen Jugendliche angeordnet werden, bereitet der IPK schon seit einigen Jahren Sorgen. Diese Sorgen veranlassten die Kommission, eine Resolution an die LKJPD<sup>3</sup> zu richten, in der die Konkordatskantone aufgefordert werden:

- > innerhalb von drei Jahren eine Struktur für den geschlossenen Vollzug von strafrechtlichen Massnahmen, die gegen Jugendliche angeordnet werden, zu schaffen;
- > sich finanziell an der Schaffung dieser Struktur zu beteiligen, unabhängig davon, in welchem Kanton sie geschaffen werden soll.

Die LKJPD hat am 3. Mai 2021 auf die Resolution geantwortet und erklärt, dass sie «die notwendigen Entscheide getroffen hat, um das Projekt zur Teilsanierung des ehemaligen Jugendheims Prêles so schnell wie möglich umzusetzen» (s. *Buchstabe D unten*). Die Konferenz weist auch darauf hin, dass das überarbeitete Konzept für die geschlossene Anstalt für Mädchen (Time Up) im Januar vom Bundesamt für

---

<sup>3</sup> S. Beilage.

Justiz genehmigt wurde und die Arbeiten für den Bau dieser vier Konkordatsplätze somit weitergehen können (s. *Buchstabe C unten*).

→ Die IPK hat die Antwort der LKJPD zur Kenntnis genommen.

#### **B) Massnahmenzentrum Pramont und EDM Aux Léchaies**

- > Die IPK unterstreicht, dass das Massnahmenzentrum Pramont (24 Plätze), das für den geschlossenen Vollzug von Massnahmen, die gegen minderjährige Knaben und junge erwachsene Männer angeordnet werden, vorgesehen ist, weiterhin überbelegt ist. Die Warteliste ist in dieser Hinsicht aufschlussreich;<sup>4</sup>
- > Die Kommission stellt fest, dass die Belegung der gemischten Haftanstalt für Jugendliche und junge Erwachsene (EDM) in *Aux Léchaies* in Palézieux (18 Plätze), die für den geschlossenen Vollzug von Freiheitsstrafen vorgesehen ist, zwar ansteigt, aber weiterhin relativ gering ist.<sup>5</sup> Sie weist jedoch darauf hin, dass es nicht möglich ist, in dieser Anstalt gleichzeitig Strafen und Massnahmen zu vollziehen und dabei die Anforderungen des Bundes einzuhalten. Die IPK stellt ausserdem fest, dass das Medianalter der Inhaftierten im EDM *Aux Léchaies* zum ersten Mal seit seiner Eröffnung im Jahr 2014 von 18 auf 17 Jahre gesunken ist.

#### **C) Geschlossene Anstalt für Mädchen**

Die IPK nimmt den Zeitplan für den Bau von Time Up, einer neuen Einrichtung mit vier Plätzen für die geschlossene Haft von Mädchen, zur Kenntnis; sie soll im Sommer 2023 in Freiburg eröffnet werden.

Die Kommission stellt jedoch fest, dass das Raumprogramm nach dem Gesuch des Bundes, eine Vergrösserung in Erwägung zu ziehen, erneut überprüft werden muss. Sie hofft, dass dieser Antrag die Fertigstellung dieser notwendigen Infrastruktur nicht verzögern wird.

→ Die IPK fordert die Konkordatskantone dazu auf, den Zeitplan für den Bau dieser Infrastruktur, die für die Strafvollzugskette in der Westschweiz unbedingt nötig ist, strikt einzuhalten. Die Kommission weist auf jeden Fall darauf hin, dass es im Moment einfach keine geeigneten Plätze für Mädchen gibt.

#### **D) Ehemaliges Jugendheim Prêles**

Die IPK nimmt mit Interesse und Genugtuung zur Kenntnis, dass es in der Frage der möglichen Wiedereröffnung des ehemaligen Jugendheims Prêles (BE), das über 22 Plätze für den geschlossenen Vollzug von strafrechtlichen Massnahmen, die gegen Jugendliche angeordnet werden, Fortschritte gibt. Sie stellt insbesondere fest, dass die Infrastruktur, die seit Ende 2016 nicht mehr genutzt wird, in einem guten Zustand

<sup>4</sup> Der Bericht der LKJPD weist für das Jahr 2020 eine Auslastungsrate von 100,32 % aus. Am 4. März 2021 standen 32 Minderjährige und 5 junge Erwachsene auf der Warteliste.

<sup>5</sup> Der Bericht der LKJPD zeigt eine durchschnittliche Belegung von 78,6 % im Jahr 2020, gegenüber 69,6 % im Jahr 2019.

ist und relativ schnell wieder in Betrieb genommen werden kann. Die Kommission begrüsst die Einsetzung eines Lenkungsausschusses, der – in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern – das Projekt einer möglichen Teilsanierung der Räumlichkeiten leiten soll.

Die Kommission stellt ausserdem fest, dass die Fondation Suisse Bellevue (FSB), die gebeten wurde, den Betrieb dieser Infrastruktur sicherzustellen, zurzeit nicht bereit ist, die Führung in diesem Projekt zu übernehmen. Die FSB wartet auf die Schlussfolgerungen einer Studie über die organisatorischen, strukturellen, finanziellen und pädagogischen Aspekte der sanierten Struktur, die im Februar 2022 eintreffen sollten, bevor sie eine Entscheidung trifft.

Die IPK hofft, dass dieses Projekt innerhalb des optimistischen Zeitplans, der von der LKJPD vorgelegt wurde, und gemäss dem die neue Struktur in Prêles Anfang 2024 eröffnet werden soll, realisiert werden kann.

→ Die IPK ist der Ansicht, dass die Bereitstellung von 22 Plätzen in dieser Struktur es den Kantonen des Konkordats ermöglichen würde, ihren Verpflichtungen beim geschlossenen Vollzug von strafrechtlichen Massnahmen, die gegen Jugendliche angeordnet werden, besser nachzukommen. Sie fordert daher die LKJPD auf, alles zu unternehmen, damit dieses Projekt gemäss dem vorgeschlagenen Zeitplan verwirklicht werden kann. Insbesondere bittet sie die LKJPD, eine Alternativlösung für den Fall zu prüfen, dass die FSB die Struktur nicht betreiben will.

#### **E) Schlussfolgerung**

Die IPK begrüsst mit einer gewissen Genugtuung den Bericht der LKJPD, der endlich eine mögliche Verbesserung des chronischen Mangels an Plätzen für den geschlossenen Vollzug von strafrechtlichen Massnahmen, die gegen Jugendliche angeordnet werden, andeutet. Die Kommission hofft, dass sich die Konkordatsregierungen über die Dringlichkeit der Umsetzung der Strukturen von Freiburg (Time Up) und Prêles einig sind und die notwendigen Mittel bereitstellen und die nötigen Anstrengungen unternehmen. Die IPK wird ihrerseits dafür sorgen.

Freiburg, 10. Mai 2021

Im Namen der Interparlamentarischen Kommission 'strafrechtlicher Freiheitsentzug'

*(Sig.) Fabien Deillon (VD)*

Präsident

*(Sig.) Patrick Pugin*

Sekretär

Fribourg, le 23 novembre 2020

## RESOLUTION

**de la Commission interparlementaire chargée du contrôle de l'exécution des concordats sur la détention pénale (CIP),**

**Adressée à la Conférence latine des Chefs des Départements de justice et Police (CLDJP).**

Vu

- les articles 16 et 18 de la Convention du 5 mars 2010 relative à la participation des Parlements cantonaux dans le cadre de l'élaboration, de la ratification, de l'exécution et de la modification des conventions intercantionales et des traités des cantons avec l'étranger (Convention sur la participation des Parlements, CoParl)
- la réponse de la CLDJP du 10 janvier 2020 au postulat de la CIP du 6 mai 2019

La CIP a l'honneur de transmettre la présente résolution à la CLDJP, pour suite à donner.

### Texte de la résolution

En date du 6 mai 2019, la CIP adressait à la CLDJP un postulat témoignant son inquiétude face au manque de places accessibles aux mineur-e-s pour l'exécution de mesures en milieu fermé. La Commission demandait aux cantons concordataires d'entreprendre tout ce qui est en leur pouvoir afin de favoriser la création rapide de places supplémentaires.

La CLDJP a répondu à ce postulat le 10 janvier 2020. De cette réponse, la CIP retient les éléments suivants :

- > les quatre places pour jeunes filles projetées à Time Up, structure de la Fondation de Fribourg pour la Jeunesse, devraient pouvoir se concrétiser dans le délai de trois ans souhaité par la CIP ;
- > l'éventuelle réouverture de l'ancien Foyer d'éducation de Prêles (BE) fait l'objet de discussions entre le concordat latin et le canton de Berne, en vue de l'utilisation conjointe des installations. Mais dans tous les cas, la faisabilité d'un tel projet exigera du temps.
- > la réalisation des 18 places projetées au Centre éducatif fermé de Pramont (VS) n'est pas une priorité à court terme du Gouvernement valaisan. Ce projet sera réalisé au-delà du délai de trois ans souhaité par la CIP ;
- > l'établissement de détention pour mineurs *Aux Léchaires* (Palézieux, VD) est chargé d'accueillir des mineurs en exécution de peine et en détention avant jugement. L'exécution des mesures ne fait pas partie de ses missions ; elle n'est par ailleurs pas compatible avec le site au vu de sa configuration ;
- > le placement ponctuel de mineurs latins dans certaines institutions de Suisse alémanique est possible, moyennant que les conditions d'admission de l'institution soient remplies,

notamment au niveau d'un seuil minimal de compréhension de l'allemand. Une institutionnalisation de ces placements n'est en revanche pas envisageable.

La CIP alerte les Gouvernements concordataires depuis plusieurs années déjà sur le manque chronique de places pour l'exécution des mesures pénales en milieu fermé prononcées à l'égard de personnes mineures. Elle ne saurait ainsi se contenter de la réponse de la CLDJP, qui semble s'accommoder d'une situation pourtant dommageable tant pour la société que pour les jeunes concernés. Ces derniers sont en effet privés d'une prise en charge adéquate précoce promettant un pronostic favorable. A cet égard, il sied de relever que le Centre éducatif fermé de Pramont – qui a affiché un taux d'occupation annuel de près de 97% en 2019 – présente au 30 septembre 2020 une liste d'attente forte de 26 mineurs et deux jeunes adultes.

La Commission estime qu'il faut agir, et vite. Elle attend des cantons concordataires qu'ils s'emparent avec détermination et courage de ce dossier qui doit être considéré comme prioritaire, dans l'intérêt tant de la justice que des justiciables. Par la présente résolution, elle leur demande donc :

- > de créer dans les trois ans une structure pour l'exécution des mesures pénales en milieu fermé prononcées à l'égard de personnes mineures ;
- > de participer financièrement à la création de cette structure, peu importe le canton dans lequel elle doit être créée.

Au nom de la Commission interparlementaire 'détention pénale'

*Erika Schnyder FR*

Présidente

*Patrick Pugin*

Secrétaire